

# Platz abbeck

Nr. 12, Dezember 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## ■ Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,  
Das Jahr neigt sich dem Ende zu. In wenigen Tagen haben wir Weihnachten, die Zeit der Nächstenliebe. Ausgerechnet die Partei, die das „C“ für christlich in ihrem Namen trägt, beabsichtigt in der Weihnachtszeit Hunderte von Flüchtlingen auf einem Schiff am Deutzer Hafen einzupferchen. Aber damit nicht genug.

Die Interessen zehntausender Mieter und Mieterinnen werden in die Hand einer internationalen Investorengruppe gelegt. Diese möchte 488 Millionen Euro für Grubo und GAG-Häuser zahlen. Es versteht sich von selber, dass der Investor den Verkaufspreis amortisieren wird. Dass dies nur mit erheblichen Mietsteigerungen möglich wird, liegt auf der Hand. Die Mieterinnen und Mieter müssen daher mittelfristig mit ganz erheblichen Mietsteigerungen rechnen. Dabei handelt es sich bei den Mieter und Mieterinnen um größtenteils sozial schwächere Bevölkerungsgruppen. Aber auch die nicht in GAG und Grubo-Wohnungen lebenden Kölner und Kölnerinnen werden diese Mietsteigerungen mittelfristig durch eine Erhöhung des allgemeinen Mietspiegels zu spüren bekommen.

Die Ratsmehrheit von CDU und FDP will mit dem Verkaufserlös Haushaltslöcher stopfen. Die Haushaltslöcher sind größtenteils dadurch entstanden, dass das Großkapital durch ausufernde Abschreibungsmöglichkeiten von der Steuerpflicht quasi befreit wurde.

Somit muss der sozial Schwache für die steuerlichen Privilegien des Großkapitals die Zeche zahlen. Diese Umverteilungspolitik zu Lasten der Sozialschwachen ist nicht hinnehmbar und wird von der PDS-Offenen Liste entschieden abgelehnt.

Wir hoffen, dass Ihr trotz dieser Hiobsbotschaften ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr haben werdet. Vielen Dank für Eure tatkräftige Unterstützung im Jahr 2002. Wir hoffen im neuen Jahr auf Eure weitere Zusammenarbeit.

Viel Spaß beim Lesen,  
Eure Sengül Senol

[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

## Gewachsene soziale Infrastruktur wird zerschlagen

Vor über 150 Jahren engagierten sich in Köln unterschiedliche Kräfte für gesunden und bezahlbaren Wohnungsbau. Darunter waren nicht nur Sozialisten und Kommunisten, sondern auch viele christlich engagierte Menschen. Das war Anfang der 20er Jahre nicht anders, als sich Genossenschaften bildeten und sich ein „Reformwohnungsbau“ entwickelte. Heute hat die Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen, in der die Genossenschaften und die GAG zusammengeschlossen sind, ca. 100 000 Wohnungen. Das sind ca. 20% des gesamten Wohnungsbestandes.

Kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember, wollen CDU und FDP im Rat der Stadt Köln diese über mehr als ein Jahrhundert gebildete Infrastruktur zerschlagen. 42 130 Wohnungen der GAG sollen an den privaten Konzern Terra Firma fallen. Der kommunale Wohnungsbestand, ein entscheidender Teil der sozialen und genossenschaftlichen Wohnungspolitik, sinkt damit an die Null-Prozent-Grenze. Köln ist damit die erste große Kommune, die keinen städtischen Wohnungsbestand mehr hat. Soziale und christliche Wohnungspolitik wird da-

mit ein für allemal zerschlagen. Ab 2003 wird über Parteigrenzen hinweg kommunale Wohnungspolitik nicht mehr möglich sein, ob nun sozial oder individuell gefördert.

Die Verlogenheit der CDU wird dann erst richtig deutlich, wenn sie in einem aktuellen internen Strategiepapier eine „Neuausrichtung der Wohnungspolitik in NRW“ in Form einer individuellen Eigenheimförderung fordert. Man höre und staune, wie dies finanziert werden soll: „Über die Vergabe von zinsgünstigen Darlehen aus dem derzeit 17,490 Milliarden Euro umfassenden Landeswohnungsbauvermögen“. Ob man das richtig findet, sei dahin gestellt. Die CDU will eine Umverteilung vom sozialen zum individuellen Wohnungsbau. In Köln gibt es diese Alternative gar nicht mehr. Die CDU zerschlägt alles und steckt die Verkaufserlöse in große Renomméprojekte wie Stadien, Brücken und Tunnel.

Die Wohnungspolitik der Kölner CDU ist weder christlich noch konservativ. Sie ist vernichtend und halbsbrecherisch!

Jörg Detjen

## PDS Offene Liste gegen Verkauf von GAG und Grubo:

- ❖ Der neue Kölner Mietkonzern besitzt bereits 8090 Wohnungen. Zusammen sind das über 50 000 Wohnungen. Damit ist er marktbeherrschend in Köln.
- ❖ Terra will ihre Investition wieder amortisieren. Man spricht von einer Rendite von 30%. Ohne Verkauf von Wohnungen und Mieterhöhungen wird das nicht gehen. Damit wird der gesamte Mietspiegel in Köln steigen.
- ❖ GAG und Grubo investierten jedes Jahr ca. 75 Millionen Euro für Sanierung und Instandsetzung. Ca. 100 Kölner Handwerksbetriebe arbeiteten für den kommunalen Wohnungsbetrieb. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.
- ❖ Die schwarz/gelbe Mehrheit im Rat verkauft unser Eigentum. Kommunaler Wohnungsbestand war ein stabilisierender Faktor gegen Mietwucher. Damit soll jetzt Schluss sein.
- ❖ Höhere Mieten werden auch den kommunalen Haushalt belasten. Ca. 50% der Mieterinnen und Mieter von GAG und Grubo bekommen Sozialhilfe. Höhere Mieten muss dann die Kommune ausgleichen.
- ❖ Arbeitsrechtliche Verschlechterungen sind für die Beschäftigten von GAG und Grubo nicht ausgeschlossen. Ein Bestandsschutz wird nicht garantiert.

# Die blutige und *unblutige* Geschichte der Fregatte Köln

Die Kölner Friedensbewegung hat sich mit einem Bürgerantrag an den Rat der Stadt Köln gewandt: „Wir fordern den Rat der Stadt Köln auf, die Patenschaft für die Fregatte ‚Köln‘ zu annullieren!“

Die Geschichte dieser Fregatte ist lang und blutig. 1909 wurde zum ersten Mal der Kreuzer „Cöln“ gebaut. Er sank 1914 in der Schlacht von Helgoland mit 596 Mann. Der zweite Kreuzer Köln wurde 1918 in Dienst gestellt und versenkte sich im gleichen Jahr selbst vor Scapa Flow. Das dritte Schiff wurde 1930 in Dienst gestellt und 1945 zerbombt. Das vierte Schiff lief 1958 vom Stapel und wurde 1982 außer Dienst gestellt.

Das fünfte Schiff wurde am 19.10.1984 in Dienst gestellt. Das Fregatten-Bauprogramm hatte Helmut Schmidt noch auf den Weg gebracht, in weiser Voraussicht, dass einmal eine rot-grüne Bundesregierung ein solches Schiff benötigt, um sich als Hilfssheriff an Kriegseinsätzen zu beteiligen. Auch wenn Schröder und Fischer heute noch eine Beteiligung am Irak-Krieg matt abstreiten, so geben sie nach der Kriegsbeteiligung gegen Jugoslawien und Afghanistan jetzt Stück für Stück nach. Die AWACs sollen eingesetzt werden, Panzerspähwagen in Kuwait usw. Es ist eine Frage der Zeit, dann segelt Rot-Grün gegen den Irak.

Die parteilose Grüne Astrid Reimers



unterstützte jetzt als einzige den Bürgerantrag der Friedensbewegung im Beschwerdeausschuss, der Antrag wurde abgelehnt. Insgesamt betreiben Bündnis90/Die Grünen jedoch eine völlig andere Politik, als

sie 1984 zum gleichen Thema im Rat versprochen. Hören wir mal rein in die Ratssitzung vom 18. Oktober 1984:

**Schneidewind:** „... Die Grünen-Fraktion wird jede Mitarbeit bei der parlamentarischen Umsetzung und Absicherung militärischer Projekte verweigern.“

**Waddey:** ... wir wissen, dass zwischen uns, den Grünen, einerseits und der SPD sowie der CDU andererseits bezüglich der Einschätzung der Bundeswehr, der NATO - der Bundesmarine im besonderen - unterschiedliche Vorstellungen bestehen ... „Tod und Verderben“ wäre genau der richtige Name für ein solches Schiff. Das sagt aus, wozu es dient.

Mit der Benennung eines oder mehrerer Kriegsschiffe nach Städten, Ländern oder Flüssen soll doch von Seiten der Bundeswehr nur dokumentiert werden, dass die Bevölkerung die Ziele der Bundeswehr - hier die Marine - unterstützt und sozusagen mit dem Herzen dabei ist. Genau dieser Symbolik wollen wir eine andere Symbolik entgegensetzen.“

In der damaligen Debatte bezeichneten die Grünen den Verteidigungsminister als „Unsicherheitsminister“.

Eine Namenswahl, die die jetzige rot-grüne Bundesregierung doch baldigst umsetzen sollte. Das wäre sogar fast kostenneutral. Jörg Detjen

## Haushalt 2003: Sozialer Kahlschlag wird fortgesetzt

Am 28. November 2002 brachte der Oberbürgermeister Schramma den Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 im Stadtrat ein. Er weist ein Defizit von über 300 Millionen auf. Der Hauptgrund dafür ist die einseitige Steuerpolitik der Bundesregierung zu Gunsten des Großkapitals. Durch Abschreibungsmöglichkeiten kann das Großkapital seine Körperschaftsteuerlast quasi auf Null reduzieren, was wiederum auf die kommunale Gewerbesteuer durchschlägt. Das Land NRW versucht sein eigenes Haushaltsdefizit auf Kosten der Kommunen zu sanieren, indem ihnen immer mehr kostenintensive Aufgaben übertragen werden. In einer Presseerklärung vom 28.11.2002 fordert die PDS-Haushaltssprecherin Sengül Senol, die Verantwortlichen auf, die Finanzsituation der Kommunen nicht weiter zu verschärfen. Insbesondere muss die Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Kom-

munen erhöht werden. Bei der Übertragung von Aufgaben an die Kommunen muss das Konnexitätsprinzip eingehalten werden.

Sengül Senol lehnt zudem einseitige Kürzungen zu Lasten der Sozialschwachen ab. Dies gilt insbesondere für Kürzungen bei der Sozialhilfe, dem Schülerticket und den Zuschüssen für freie Träger der Jugendhilfe.

## NS-Dok.Zentrum Schülertarif bleibt

Die in der neuen Nutzungs- und Entgeltordnung vorgesehene 50-prozentige Erhöhung der Eintrittspreise für Schülergruppen in das NS-Dokumentationszentrum ist vom Tisch. Die PDS-Offene Liste hatte mit anderen sofort nach Bekanntwerden der Erhöhungspläne energisch dagegen protestiert. Sie erklärte: „Köln braucht trotz halbgefüllter Kassen noch lange eine nachhaltige Förderung im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Da

ist gerade das NS-Dokumentationszentrum eine unverzichtbare und wirkungsvolle Gedenkstätte...“

Jetzt liegt dem Rat zur Beschlussfassung eine Entgeltordnung vor, die vorsieht, für Schülergruppen den alten Preis (1 Euro) beizubehalten. Auch Familien mit KVB-Vermerk im Familienpass sollen ermäßigten Zutritt erhalten. Im Zuge der Haushaltsberatungen ist vorgesehen, das NS-Dokumentationszentrum in den Museumspass aufzunehmen.



## Cross-Border-Leasing

Risiken der Leasing-Deals

Seit mehr als 10 Jahren in Nordrhein-Westfalen entstanden aus Finanzierung der Wirtschaft des Autors (Inhaber) „Cross-Border-Leasing“ Konzepte (Bilanz, Kapitalstruktur, Steuerfragen, Mietverträge, je nach Struktur, werden dabei in US-Insolvenz verpackt und typisch gemietet, Verlei-

Der BUND ist gegen Cross-Border-Leasing-Deals. Interessante Argumente per Internet.

## Kulturbunker per Aktennotiz gekippt?

Für erregte Diskussionen sorgte in der BV-Sitzung eine kurze Aktennotiz der Feuerwehr vom 22.11., in der es lapidar heißt: „...steht der Hochbunker ab dem 1.1.2003 für Veranstaltungen, Ausstellungen etc. nicht mehr zur Verfügung.“

Dagegen stand ein Antrag der SPD, die Verwaltung aufzufordern, dafür zu sorgen, „dass der Hochbunker Körnerstrasse 101 weiterhin als Veranstaltungsort für Kunst und Kultur zur Verfügung steht.“

Die sehr engagierte und detaillierte Begründung des Antrags mit der historischen und kulturellen Bedeutung gerade dieses Baus meinte ein CDU-Vertreter mit dem Zwischenruf „Halten Sie jetzt eine Antifa-Rede?“ stören zu müssen.

Der Bürgeramtsleiter erklärte, die desolaten elektrischen Anlagen ließen eine öffentliche Nutzung des Gebäudes nicht mehr zu. Erstaunlich, dass unter diesen Umständen die Feuerwehr es für eine geeignete „zentrale Lagerstätte für Ausrüstungsgegenstände des Zivilschutzes“ hält. Der CDU-Fraktionschef warf den Antrag befürwortern quasi Verschwendungssucht vor, weil sie in diesen Zeiten der knappen Gelder für eine Sanierung der Elektroanlagen für einige tausend Euro plädierten.

Offensichtlich sind aber die Bedeutung und Wichtigkeit der Kulturstätte Hochbunker bei allen Bezirksvertretern unstrittig. Nach einer halben Stunde heftigen Dampfablassens wurde nämlich der Antrag doch einstimmig angenommen. Bleibt abzuwarten, wer mit der nächsten Aktennotiz für neue künstliche Aufregung sorgt. *hum*

### ■ Dersim Gemeinde

## Dersim-Veranstaltung in Dortmund

Am 15. Dezember 2002 hat die „Dersim Initiative Dortmund“ und die „Dersim Gemeinde in Köln“ eine kulturpolitische Veranstaltung in Dortmund durchgeführt, an der über tausend Menschen teilnahmen. Neben einem kulturellen Rahmenprogramm wurde die Staudampfpolitik des türkischen Staates in der Region Dersim diskutiert. Der Lebensraum Zehntausender von Menschen wird dadurch vernichtet.

Ein Land, welches die Aufnahme in die europäischen anstrebt, ist dabei verpflichtet, die berechtigten Interessen der Dersimaner zu berücksichtigen. Dies zu verdeutlichen war ein besonderes Anliegen von Ratsfrau Sengül Senol, das sie bei der Veranstaltung zur Sprache brachte.

*Sengül Senol*



### ■ Ehrenfeld

## Mandatswechsel

In der Bezirksvertretung Ehrenfeld (4) wurde ein Mandatswechsel bei der PDS-Offenen Liste erforderlich. Der bisherige Bezirksvertreter Thomas Leber (PDS)

nimmt ab Januar ein Studium in Berlin auf. Für ihn rückte die 65-jährige Journalistin Helga Humbach (DKP) aus Köln-Ehrenfeld nach.

Sie verfügt über langjährige Erfahrung in Sachen kommunaler Interessenvertretung und Aktivitäten im Rahmen ihrer Partei und im Bündnis.

Die neue Bezirksvertreterin der PDS-Offenen Liste steht auch für das solidarische Miteinander von PDS und DKP in der Kölner Kommunalpolitik und für das Bemühen der örtlichen Linkskräfte, den Interessen der „kleinen Leute“ auch innerhalb der Gremien dieser Stadt Stimme und Gehör zu verschaffen.

Helga Humbach kann an die engagierte Tätigkeit des bisherigen Bezirksvertreters Leber anknüpfen, der vor allem im Bereich Jugend, Schulen und Sport aktiv war.

Die Ratsgruppe der PDS-Offenen Liste möchte Thomas Leber an dieser Stelle ausdrücklich für seine Arbeit und sein Engagement in den vergangenen zwei Jahren danken. Wir wünschen ihm für seinen Neustart in der Hauptstadt viel Erfolg und persönliches Wohlergehen.

*Red.*



## ver.di gegen Schröders langen Samstag

Am 21. Dezember wird ver.di in der Kölner Innenstadt gegen längere Ladenöffnungszeiten protestieren. Im Flugblatt heißt es:

„Die Regierung schießt sich mit scharfer Munition auf den Ladenschluss ein: Für alle Samstage im Jahr will Bundeskanzler Schröder jetzt plötzlich die 20-Uhr-Öffnungszeiten durchsetzen. Sehr schnell soll eine Gesetzesänderung durchgezogen werden auf Kosten von 2,5 Millionen Beschäftigten, die gerade im Weihnachtsgeschäft mit noch weniger Belegschaft ackern, was das Zeug hält.“

Noch stimmen SPD und Grüne zusammen mit der PDS-Offenen Liste im Kölner Rat gegen längere Öffnungszeiten. Wird das so bleiben, oder wird Schröder's Parteiläuson durchgreifen? Jetzt liegt dem Rat wieder ein Antrag der Verwaltung vor,

der das bestehende Recht außer Kraft setzt. Der DGB-Vorsitzende Dr. Uellenberg-van Dawen kritisierte die Verwaltungsvorlage im Wirtschaftsausschuss. Das Möbelhaus Porta schafft sich praktisch selbst die Begründung für einen langen Samstag bis 21 Uhr: Auf dem Parkplatz des Möbelhauses soll ein Trödelmarkt stattfinden, der wiederum dazu herhalten soll, die längeren Öffnungszeiten zu begründen.

Die PDS kritisierte dieses Vorgehen, weil eine „Versorgung“ der Bevölkerung, die den Trödelmarkt besucht, durch ein Möbelhaus überhaupt nicht benötigt wird, oder sollen die Besucher in ein Porta-Stuhlbein beißen? OB Schramma kann's ja mal versuchen.

*Jörg Detjen*

## Flüchtlinge:

# Abschreckungspolitik in der nächsten Runde

Zunächst wurden die Flüchtlinge, zumeist Roma aus Ex-Jugoslawien, in Porz untergebracht, anschließend auf einem ehemaligen Industriegelände in Kalk und nun sollen sie auf einem Schiff am Deutzer Hafen eingepfercht werden. Neben einer bereits verankerten Schiffsunterkunft für Asylbewerber sollen auf dem Flüchtlings-schiff 230 Flüchtlinge Platz finden. Demgegenüber hat das Schiff weniger als 100 Kabinen. Der sehr unterschiedliche Status der Flüchtlinge auf den beiden Schiffen könnte zu Konflikte führen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Roma voraussichtlich längere Zeit, mindestens ein Jahr, auf dem Boot aufhalten werden. Die Flüchtlinge auf dem anderen Schiff halten sich dagegen in der Regel nur für kurze Zeit auf ihrem Boot auf.

Ausgerechnet am internationalen Tag der Menschenrechte kam das Flüchtlings-schiff im Deutzer Hafen an. 40 „Kein Mensch ist illegal“-Aktivisten demonstrieren gegen den unerwünschten Kahn. Sechs Stunden konnten sie verhindern, dass das Schiff anlegen konnte. Die Kölner Polizei setzte Spezialkräfte ein, um die Demonstration zu beenden. Gegen die Demonstranten wurde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung erstattet. Am Hafen angelangt, konnte sich jeder Betrachter einen Eindruck von dem schlechten Zustand des Kahns machen.



ARBEITER  
FOTOGRAFIE  
Info:  
www.arbeiterfotografie.com

Spätestens jetzt muss jedem klar sein, dass die Flüchtlingspolitik der CDU/FDP Ratsmehrheit nur das Ziel verfolgt, die Flüchtlinge von der Wohnbevölkerung zu isolieren und abzuschrecken. Die PDS-Ratsgruppe hat diese Abschreckungspolitik von Anfang an bekämpft. Wir erklären uns

mit den Demonstranten solidarisch und halten es für unvereinbar mit dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, diese Personen zu kriminalisieren. Im Rat werden wir die Isolierungs- und die Abschreckungspolitik der CDU/FDP Ratsmehrheit kritisch begleiten.  
Sengül Senol



ARBEITER  
FOTOGRAFIE  
Info:  
www.arbeiterfotografie.com

## Kölner Runder Tisch für Integration fordert tragfähiges Konzept zur Flüchtlingsunterbringung

*Der Kölner Runde Tisch für Integration hat in seiner letzten Sitzung am 3.12.02 erneut ausführlich die in Köln aktuellen Flüchtlingsfragen erörtert. In der Erklärung heißt es:*

Besonders kritisiert wurde, dass von Seiten der Ratsmehrheit offenbar immer noch keine langfristigen Planungen für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln getroffen worden sind. Die gegenwärtige Situation, dass Flüchtlingen die Aufnahme mit dem Hinweis auf nicht verfügbare Unterbringungsmöglichkeiten verweigert wird, wertet der Runde Tisch eindeutig als Verletzung kommunaler Verpflichtungen. Notfalls sei deren Unterbringung vorübergehend auch in ur-

sprünglich dafür nicht vorgesehenen Immobilien zu gewährleisten.

Die katastrophale Situation rechtfertigt, dass den Not leidenden Menschen die für Katastrophenfälle vorgesehene Unterkunft in der Boltensternstraße zur Verfügung gestellt wird. Diese hingegen – wie ein Ratsbeschluss vorsieht – mit bis zu 300 Personen in 83 Kabinen auf einem Schiff unterzubringen, sei menschen-unwürdig. Zudem sei dies zur Zeit sowieso unmöglich, weil jenes aus Holland angemietete Schiff wegen des Hochwasserstandes noch in Emmerich ankert. Sinnvollerweise sollte dieses Schiff, wenn es denn das Kölner Rheinufer erreicht, im Tausch gegen die Boltensternstraße für den sogenannten Katastrophenfall vorgehalten werden.

Die Gesamtsituation zeigt erneut, dass dringend an einem tragfähigen Konzept in der Frage der Flüchtlingsunterbringung in Köln gearbeitet werden muss, so der Runde Tisch.